

Jugendpolitik in Europa

17.12.2012 | [Allgemeine und Berufliche Bildung](#)

Berliner Memorandum: Europäische Ausbildungsallianz begründet

"Zum Wohle junger Menschen" wollen die EU-Bildungsminister die Berufsbildungssysteme ihrer jeweiligen Länder reformieren. Damit wollen sie der hohen Jugendarbeitslosigkeit entgegen wirken. Rund ein Viertel der europäischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren ist arbeitslos.

Sechs EU-Länder planen künftig bei der Reform ihrer Ausbildungssysteme eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Auf Einladung von Bundesbildungsministerin Annette Schavan haben Deutschland, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland unter Beteiligung der Europäischen Kommission in Berlin ein Memorandum unterzeichnet. Es enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Einführung eines Systems der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild. Ziel ist, dass 80 Prozent aller jungen Menschen bis 2020 in der EU Arbeit haben sollen.

Die europäischen Bildungsminister vereinbarten ihre nationalen Berufsbildungssysteme zu optimieren und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für einen europäischen Berufsbildungsraum zu schaffen. Dabei soll auch die Mobilität von Jugendlichen und Arbeitnehmern zur Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland gestärkt werden.

Für die Startphase haben die beteiligten Länder folgende konkrete Schritte vereinbart:

- 30.000 Austauschmaßnahmen (Praktika, Ausbildungsphasen) werden realisiert.
- In den Partnerländern werden 30 regionale Ausbildungsnetzwerke unter deutscher Beteiligung geschaffen.
- Sechs politische Beratungsprojekte werden aufgesetzt.
- Mindestens 10 Studienreisen finden statt, bei denen sich Expertinnen und Experten zu den im Memorandum genannten Handlungsfeldern austauschen und vor Ort informieren.
- Ein deutscher Beratungs-Expertenpool und eine Peer Learning - Plattform zur Koordination und zum sukzessiven Ausbau der Kooperation werden geschaffen.
- Das BMBF stellt für die Jahre 2013/2014 über die laufende Förderung der internationalen Berufsbildungskoooperation hinaus zusätzlich 10 Millionen Euro für die Umsetzung des Memorandums zur Verfügung, die durch Mittel der Partnerländer ergänzt werden.
- Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wird im Auftrag des BMBF zur Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation ausgebaut.

Außerdem machten sich die Bildungsminister für die von der EU-Kommission vorgeschlagene "Jobgarantie" stark. Diese Garantie würde keinen Jugendlichen länger als vier Monate ohne Perspektive belassen. Spätestens vier Monate nach Ende ihrer Ausbildung oder nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sollen Jugendliche eine neue Stelle, einen neuen Ausbildungsplatz oder aber zumindest einen Praktikumsplatz angeboten bekommen."

(Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit)

DOKUMENTE

"Vocational Education and Training in Europe – Perspectives for the Young Generation"

Memorandum on Cooperation in Vocational Education and Training in Europe. Berlin, 10-11 December 2012.

Dieses PDF-Dokument mit dem Dateinamen "Memorandum_final.pdf" ist 107,18 kB groß.

Empfehlen Senden Empfehle dies deinen Freunden.

Auf weiteren Social Networks posten: